



Capgemini unter Druck: Wie ein US-Vertrag die ethischen Grenzen europäischer Technologiekonzerne aufzeigt

Der französische IT-Gigant Capgemini steht im Zentrum einer internationalen Kontroverse. Eine seiner US-Tochterfirmen hat einen Vertrag mit der amerikanischen Einwanderungsbehörde ICE unterzeichnet – eine Behörde, die seit Jahren wegen ihrer harten Abschiebungspraxis und mutmaßlichen Menschenrechtsverletzungen in der Kritik steht. Der Vorfall wirft grundsätzliche Fragen über die ethische Verantwortung multinationaler Unternehmen auf und sorgt für politische Turbulenzen in Paris.

Capgemini Government Solutions (CGS), die amerikanische Regierungsdienstleistungs-Sparte des Konzerns, hat Ende 2025 einen Vertrag im Umfang von rund 4,8 Millionen US-Dollar mit dem US Department of Homeland Security unterzeichnet. Der Auftrag umfasst sogenannte „Skip Tracing“-Dienste – datenbasierte Methoden zur Lokalisierung gesuchter Personen. Zielgruppe: Personen ohne regulären Aufenthaltsstatus in den USA. Laut Recherchen mehrerer Medien könnten die kumulierten Auftragswerte mit ICE in den vergangenen Jahren sogar mehrere hundert Millionen Dollar betragen.

Dass ein französisches Vorzeigeunternehmen, das sich in seinem Nachhaltigkeitsbericht auf Menschenrechte, Diversität und soziale Verantwortung beruft, ausgerechnet mit einer Behörde kooperiert, die mit Abschiebe-Razzien, Familientrennungen und überfüllten Haftzentren in Verbindung gebracht wird, hat zu einem Sturm der Entrüstung geführt – intern wie extern.

Ethische Ambivalenz im digitalen Staatsdienst

Capgemini ist nicht das erste Technologieunternehmen, das mit ICE in Verbindung gebracht wird. Auch andere IT-Dienstleister haben Verträge mit US-Sicherheitsbehörden abgeschlossen. Doch der Fall Capgemini ist insofern besonders brisant, als der Konzern seinen Hauptsitz in Paris hat und in der französischen Öffentlichkeit als Aushängeschild der digitalen Souveränität gilt. Die moralische Fallhöhe ist entsprechend groß.

Technologieanbieter geraten zunehmend in ein Spannungsfeld zwischen lukrativen Regierungsaufträgen und der Einhaltung internationaler Normen. Je datengetriebener die Migrationspolitik wird, desto zentraler wird die Rolle privater Dienstleister – etwa bei der Analyse von Bewegungsdaten, dem Aufbau biometrischer Systeme oder dem Einsatz künstlicher Intelligenz zur Risikoprognose. Die Übergänge zwischen Verwaltungshilfe und Überwachung sind dabei fließend.

Während ICE betont, dass die beauftragten Dienste im Rahmen gesetzlicher Standards operieren, argumentieren Menschenrechtsorganisationen, dass die Technologien zur



Capgemini unter Druck: Wie ein US-Vertrag die ethischen Grenzen europäischer Technologiekonzerne aufzeigt

Verschärfung restriktiver und intransparenter Maßnahmen beitragen. Skip Tracing sei nicht neutral, sondern Teil eines Systems, das Migranten systematisch entreicht.

Politische Rückkopplung nach Paris

Die französische Regierung hat schnell reagiert. Wirtschaftsminister Roland Lescure forderte öffentlich Aufklärung und betonte, dass die Erklärung der Konzernleitung, wonach es sich um eine eigenständige Entscheidung der US-Tochter handele, nicht ausreiche. Auch die Verteidigungsministerin meldete sich zu Wort und verwies auf die Verantwortung französischer Konzerne zur Wahrung von Menschenrechten im Ausland.

Capgemini selbst sieht sich in einer diffizilen Lage. CEO Aiman Ezzat erklärte, die Tochterfirma unterliege einer strikt getrennten US-Governance-Struktur, wie sie für sicherheitsrelevante Regierungsaufträge vorgeschrieben sei. Der Konzern verfüge weder über operative Kontrolle noch über Einblick in die klassifizierten Teile der Vertragstätigkeit. Diese Argumentation entspricht gängiger Praxis bei „Special Security Agreements“, lässt jedoch die zentrale Frage offen, inwieweit ethische Standards konzernweit gelten müssen – auch bei rechtlicher Trennung.

Interner Aufruhr und Reputationsrisiken

Besonders heikel für Capgemini: Die Debatte hat auch die Belegschaft erreicht. Mehrere Mitarbeiter und Gewerkschaften äußerten öffentlich ihre Kritik. Die CGT forderte den sofortigen Ausstieg aus dem Vertrag und warf dem Unternehmen vor, sich moralisch zu diskreditieren. In internen Foren berichten Angestellte von „Vertrauensbruch“ und „Sinnverlust“. Der Imageschaden dürfte langfristig wirken – gerade bei einem Unternehmen, das um junge, werteorientierte Talente wirbt.

Im Zuge der Digitalisierung staatlicher Prozesse wachsen sowohl die Möglichkeiten als auch die Verantwortlichkeiten privater Akteure. Wenn Unternehmen wie Capgemini Software liefern, mit der Behörden Menschen lokalisieren, einstufen oder zur Abschiebung selektieren können, stehen sie in der Mitverantwortung für deren Anwendung – ob sie dies anerkennen oder nicht.

Europas digitale Industrie vor einem Dilemma

Der Fall Capgemini verdeutlicht ein tiefer liegendes Problem: Europäische Konzerne mit



Capgemini unter Druck: Wie ein US-Vertrag die ethischen Grenzen europäischer Technologiekonzerne aufzeigt

globaler Reichweite bewegen sich in einem Spannungsfeld divergierender Rechtssysteme und Werteordnungen. Was in einem Land als legal gilt, kann im anderen als inakzeptabel empfunden werden. Regierungen verlangen Rechenschaft, Belegschaften stellen Sinnfragen, Kunden drohen mit Boykott – die globale Ethik der Konzerne wird zunehmend zur strategischen Dimension.

In Zeiten, in denen Technologieanbieter immer häufiger als stille Architekten staatlicher Infrastruktur agieren, wird die Frage nach den Grenzen des Zulässigen unausweichlich. Nicht jedes Geschäft ist ein gutes Geschäft. Für Capgemini markiert diese Krise möglicherweise einen Wendepunkt: weg vom opportunistischen Pragmatismus, hin zu einer neuen Form der digitalen Rechenschaft.

Autor: P. Tiko